

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Der Außenhandelsspielraum der Bundesrepublik wird enger

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1978) : Der Außenhandelsspielraum der Bundesrepublik wird enger, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 8, pp. 410-414

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135223>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Außenhandelsspielraum der Bundesrepublik wird enger

Dietrich Kebschull, Hamburg

Wenige Länder sind in einem solchen Maße vom Außenhandel abhängig wie die Bundesrepublik. Diese Verflechtung mit der Weltwirtschaft hat ihren Niederschlag in einer wirtschaftspolitischen Konzeption gefunden, die sich am liberalen Handelssystem ausrichtet. Die Chancen, diese Politik konsequent fortzusetzen, haben sich allerdings in jüngster Zeit erheblich verschlechtert.

Bei allen Meinungsverschiedenheiten über wirtschaftspolitische Grundsatzfragen besteht zwischen den Ökonomen der verschiedenen Schulen doch in einem Punkt allgemeine Einigkeit: Der Export wird als eine der entscheidenden Einflußgrößen für das hohe – und vergleichsweise stabile – Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik in der Nachkriegsära angesehen. Pendant der Ausfuhr war in dieser Periode eine ähnlich rapide Entwicklung der Einfuhren.

Angesichts der eigenen Rohstoffarmut und des relativ kleinen Inlandsmarktes setzte der Rumpfstaat Bundesrepublik Deutschland frühzeitig auf die Spezialisierungsvorteile im internationalen Wettbewerb. Sie lagen aufgrund des qualifizierten Arbeitskräftepotentials, des Know-how-Reservoirs, der nach dem Krieg meist völlig neu aufgebauten Anlagen, der guten Kenntnisse in der Absatztechnik und nicht zuletzt wegen der hochentwickelten Infrastruktur eindeutig im Bereich der verarbeitenden Industrie. Die Orientierung der verarbeitenden Industrie auf den Weltmarkt ermöglichte den Aufbau von Kapazitäten, die eine Ausnutzung von Massenproduktionsvorteilen – und damit geringere Stückkosten – zuließen. Außerdem erlaubte die Ausrichtung auf die ausländische Nachfrage eine ständig weitergehende Spezialisierung und damit die Erschließung neuer gewinnträchtiger Absatzmöglichkeiten. Damit verbesserten sich insgesamt die Gewinnchancen und die Finanzierungsmöglichkeiten, die zur Erhaltung bzw. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit notwendig sind.

Erleichtert wurde diese Entwicklung in der ersten Nachkriegsperiode durch die interne Situation, die durch das geringe Lohnkostenniveau und eine konsequente Preisstabilisierungspolitik gekennzeichnet war, sowie durch die Unterbewertung der D-Mark und eine hohe Aufnahmefähigkeit der ausländischen Märkte. Das Niveau der Auslandsnachfrage wurde einmal durch den allgemein großen Nachholbedarf nach dem Zweiten Weltkrieg und zum anderen durch die Aufschließungseffekte der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stimuliert. Aufgrund zeitlich unterschiedlicher Konjunkturverläufe in den wichtigen Absatzmärkten ließen sich dauerhafte Stagnationstendenzen in der Nachfrage nach deutschen Lieferungen bis in die späten sechziger Jahre vermeiden.

Bannerträger der Freihandelsbewegung

Vor diesem Hintergrund erscheint es verständlich, daß die Bundesrepublik sich schnell zum Bannerträger einer weltweiten Freihandelsbewegung aufschwang. Für sie ist der freie Güteraustausch und Kapitalverkehr ein unbedingtes Muß. Denn die Auslastung ihrer Kapazitäten und damit die Beschäftigungs-, Einkommens- und Wachstumsmöglichkeiten werden entscheidend von der Außenwirtschaftspolitik in den wichtigen Absatzmärkten beeinflußt. Eine Behinderung der deutschen Ausfuhr kann nicht ohne nachhaltige Folgen für die binnenwirtschaftliche Entwicklung bleiben.

1977 rangierte die Bundesrepublik mit einer Ausfuhr von 118 Mrd. \$ nur knapp hinter den USA (120 Mrd. \$), aber weit vor Japan (81 Mrd. \$) an zweiter Stelle unter den Ausfuhrländern der Welt. Ihre Ausfuhr war damit fast so groß wie die Auslandsverkäufe von Frankreich und Großbritannien zusammen, die an vierter und fünfter Stelle in der Weltrangliste folgen. Die Exportquote hat sich trotz des bereits hohen Niveaus der sechziger Jahre noch weiter erhöht (vgl. Tabelle 1). Dies gilt für alle großen Industriestaaten.

Dr. Dietrich Kebschull, 38, ist Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Tabelle 1
Anteil des Exports am Bruttosozialprodukt
ausgewählter Industriestaaten 1971 und 1976
 (in %)

Land	1971	1976
Niederlande	47,6	54,3
Schweiz	30,1	32,9
Großbritannien	22,4	28,2
Bundesrepublik Deutschland	22,3	27,6
Italien	17,6	24,9
Frankreich	16,0	17,8 a)
Japan	12,5	14,5
USA	6,1	8,3

a) 1975.

Quelle: Errechnet nach IWF: International Financial Statistics, May 1978.

Die Grenzen der gestiegenen Außenhandelsverflechtung müssen auch gegenwärtig noch keineswegs erreicht sein. Dafür spricht einmal der Vergleich mit – durchaus florierenden – kleineren Ländern, die wegen ihrer begrenzten Inlandsmärkte und der geringen natürlichen Ressourcen allgemein stärker in die internationale Arbeitsteilung integriert sind. Zum anderen haben gerade die wachstumsrelevanten deutschen Industriebranchen, die bereits einen Auslandsumsatz zwischen 25 % und 50 % ihres Gesamtumsatzes aufweisen (vgl. Tabelle 2), ihre Expansionspielräume offensichtlich vor allem gerade im Auslandsge- schäft.

Steigende Protektionsneigung

Eine wesentliche Voraussetzung für eine weitere Erhöhung des Grades der internationalen Verflechtung ist eine konsequente Liberalisierung des Handels- und Kapitalverkehrs. Für das vergangene Jahrzehnt ist jedoch eine deutliche Abschwächung der Liberalisierungsfreudigkeit zu konstatieren. Die Wachstumsverlangsamung, die in den letzten Jahren in fast allen Industriestaaten eingetreten ist, hat – gepaart mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Inflationsraten – die regionalen und sektoralen Strukturprobleme stärker hervortreten lassen. Die offensichtlich mangelnde Anpassungsfähigkeit der hochentwickelten Volkswirtschaften hat die liberale Wachstums- und Freihandelsorientierung zunehmend in Frage gestellt und den Rückgriff auf kurzfristig wirksame protektionistische Maßnahmen zur Strukturhaltung wieder üblich gemacht.

Konnte man die Agrarregelung im Bereich der EG bei deren Gründung im Jahre 1957 zunächst noch als Ausnahme von den liberalen Prinzipien betrachten, so erscheinen heute in Anbetracht der immer weiter um sich greifenden Einfuhrhemmnisse die Prinzipien selbst in Frage gestellt. Verstärkt wird diese Entwicklung dadurch, daß protektionistische Maßnahmen, die für die Ostblockstaaten ohnehin typisch sind, auch in den Ent-

wicklungsländern auf zunehmende Resonanz stoßen. Nach den Erfolgen der erdölexportierenden Staaten zielen wesentliche Forderungen ihres Aktionsprogramms zur Einrichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung auf eine monopolistische Manipulierung der Preise ihrer Hauptexportgüter – der Rohstoffe – ab. „Erfolge“ in diesem Bereich würden die internationale Wettbewerbsfähigkeit rohstoffabhängiger weiterverarbeitender Industrien in starkem Maße berühren. Insbesondere die Wirtschaft der Bundesrepublik würde in diesem Falle wegen des Fehlens nahezu aller wichtigen Rohstoffe mit erheblichen zusätzlichen Schwierigkeiten konfrontiert.

Die internen Wirtschaftsprobleme der führenden Wirtschaftsnationen, der Agrarprotektionismus, die Handelsauseinandersetzungen zwischen den USA und der EG, die zunehmende Tendenz zu sektoralen Sonderregelungen, die Durchsetzung von sogenannten „freiwilligen“ Selbstbeschränkungsabkommen gegenüber zwar wettbewerbsfähigen, aber schwächeren Handelspartnern und der Wunsch nach einer weltweiten dirigistischen Wirtschaftsordnung sind kaum mit den wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen der Bundesrepublik in Einklang zu bringen. Solange sie weiter an den Idealzielen von Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität, außenwirtschaftlicher Absicherung und größerer Verteilungsgerechtigkeit festhält, muß sie ihre Politik der Integration in eine freie Weltwirtschaft fortsetzen.

Tabelle 2
Bedeutung der Ausfuhr für die zehn größten
exportierenden deutschen Wirtschaftszweige a) b)
1977
 (in Mill. DM und in %)

Wirtschaftsgruppe	Auslandsumsatz		Auslandsumsatz in % des Gesamtumsatzes des Wirtschaftszweiges
	Mill. DM	Anteil in % am Gesamtexport der Bundesrepublik	
Maschinenbau	44 494	19,7	45,3
Straßenfahrzeuge	39 578	17,5	41,3
Chemische Industrie	35 622	15,7	32,9
Elektrotechnik	25 629	11,3	28,1
Eisenschaffende Industrie	11 990	5,3	29,9
Ernährungsgewerbe	7 093	3,1	6,7
Herstellung von Eisen-, Blech- u. Metallwaren	6 156	2,7	20,2
Textilgewerbe	5 617	2,5	18,1
Feinmechanik, Optik, Uhren	4 161	1,8	36,8
Schiffbau	4 020	1,8	53,7
Zusammen	184 360	81,4	–
Übrige	42 018	18,6	–
Insgesamt	226 378	100,0	–

a) Nur direkter Auslandsumsatz der betreffenden Wirtschaftszweige. b) Betriebe mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik, H. 4, 1978, S. 222, 223 und 228.

Deutsche Sündenfälle

Die Aussichten allerdings, eine den gesamtwirtschaftlichen und strukturellen Zielsetzungen der Bundesrepublik entsprechende Freihandelspolitik durchzusetzen, sind gegenwärtig nicht gerade rosig. Dies beginnt schon mit den Schwierigkeiten, eine solche Politik im eigenen Lande zu verwirklichen. Die zahlreichen Ausnahmeregelungen zugunsten einzelner Sektoren stellen die immer wieder betonte liberale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik eindeutig in Frage.

Nicht nur große Teile der deutschen Landwirtschaft und weite Bereiche der Textilindustrie wären ohne die protektionistischen Maßnahmen im Außenhandelsbereich kaum existenzfähig, auch die Werften leben fast ausschließlich von dem internationalen Wettbewerb entzogenen Staatsaufträgen und von Finanzierungshilfen. Besonderer Unterstützung erfreut sich auch die Kohlewirtschaft. In diesem Bereich stiegen die staatlichen Subventionen von 2 Mrd. DM im Jahr 1975 auf 4,6 Mrd. DM im Jahr 1978. Hinzu kommen rund 5,6 Mrd. DM für Pensionszahlungen u. ä. Da die Subventionierung allein noch nicht ausreicht, um die ausländischen Konkurrenten – vor allem aus den USA und Polen – auszuschalten, gelten seit 1959 mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen, die bei 5,5 Mill. t pro Jahr eingefroren wurden¹⁾. Daß derartige Mengenbeschränkungen keineswegs seltene Ausnahmeregelungen bilden, läßt sich mit weiteren Beispielen aus der Keramik-, Glas- und Lederwarenindustrie belegen, bei denen es insbesondere um die Abschirmung gegen Billigeinfuhren aus Entwicklungsländern geht.

Protektionsregister der EG

Diese Maßnahmen innerhalb der Bundesrepublik können nicht ohne Konsequenzen für die Durchsetzung der deutschen Interessen im Rahmen der EG bleiben. Was in der EG in der jüngsten Vergangenheit an handelsbeschränkenden Maßnahmen aufgebaut wurde, steht weder im Einklang mit der ursprünglichen Konzeption noch entspricht es den deutschen Interessen. Nach der Zementierung der Agrarmarktordnungen, deren Beseitigung selbst die optimistischen Freihandelsanhänger wohl kaum noch für möglich halten, erfreuen sich nunmehr die „orderly marketing agreements (OMA's)“ mit Regulierungen von Produktion, Exporten und Importen offensichtlich steigender Beliebtheit. Für Textilien wurde solch ein protektionistisches Monster mit dem Multifaserabkommen eingeführt. Ähnliches gilt für Stahl. Darüber hinaus wurden gegenüber Japan und den Entwicklungsländern mit Niedriglöhnen für zahlreiche Einfuhren „freiwillige“ Selbstbeschränkungsabkom-

men durchgesetzt. Nach den fast klassischen Bereichen wie Textilien und Lederwaren greifen diese jetzt auch auf weit weniger empfindliche Bereiche wie Reißverschlüsse und Feuerzeuge über. Zusätzlich versucht sich die EG verstärkt mit Dumpingklauseln gegen angeblich zu billige und zerstörend wirkende Einfuhren zu schützen.

Hinzu kommt die fatale Tendenz, auch Maßnahmen zur Handelserleichterung so überperfektionistisch auszugestalten, daß sie für den Kreis der Begünstigten kaum noch zu übersehen und zu handhaben sind. Musterbeispiele dafür bilden das allgemeine Präferenzsystem (GSP) und die außenwirtschaftlichen Regelungen zugunsten der afrikanischen, karibischen und pazifischen Entwicklungsländer im Rahmen des Lomé-Abkommens.

Europäische Anpassungsschwierigkeiten

Wie stark inzwischen die von nationalen Eigeninteressen geprägten protektionistischen Tendenzen innerhalb der EG geworden sind, zeigte sich, als der deutsche Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff einen Vorstoß Irlands zur Beschränkung der Schuheinfuhren aus Drittländern zu verhindern versuchte. Zunächst wurde er vom britischen Vorsitzenden Owen darauf hingewiesen, daß der deutsche Standpunkt beim Kampf gegen den Protektionismus für die übrigen EG-Partner keineswegs das Maß aller Dinge sei. Die Bundesrepublik, die mit anderen Gemeinschaftsländern verglichen kaum Strukturprobleme habe, müsse endlich zur Kenntnis nehmen, daß Vertreter anderer Staaten ihren Laissez-faire-Ansatz nicht tolerieren könnten. Belgiens Außenminister Simonet kommentierte die deutsche Forderung sarkastisch damit, daß sein Kollege Lambsdorff nicht nur an der falschen Konferenz teilnehme, sondern offensichtlich auch im vorigen Jahrhundert lebe²⁾.

Wenn auch der Bonner Gipfel einerseits dazu beigetragen haben dürfte, eine neue Protektionswelle im Interesse aller Beteiligten zunächst zu verhindern, so ist andererseits nicht zu unterstellen, daß die EG nun wieder zum eindeutigen Promoter liberaler Wirtschaftsbeziehungen wird. Denn der Spielraum für umfangreiche Liberalisierungsmaßnahmen ist sowohl durch die internen Strukturprobleme als auch durch die bisherige Marktöffnung für die AKP-Staaten, die Abkommen mit den Mittelmeerländern, das allgemeine Präferenzsystem und die angestrebte EG-Erweiterung um Spanien, Portugal und Griechenland so stark eingengt worden, daß selbst kleine zusätzliche Liberalisierungsschritte langwierige und zähe Verhandlungen mit allen Betroffenen erforderlich machen.

¹⁾ Vgl. o. V.: West Germans fear more protectionism, in: The Journal of Commerce vom 7. 2. 1978.

²⁾ Vgl. o. V.: German attack on EEC protectionism widens split over handling crisis, in: The Times vom 3. 5. 1978.

Für die Bundesrepublik, die ihr bei weitem wichtigstes Absatzgebiet innerhalb der EG hat, ergeben sich daraus insofern Schwierigkeiten, als auch die Bereitschaft anderer wichtiger Handelsländer zur Öffnung ihrer Märkte bei fehlenden europäischen Gegenleistungen kaum zunehmen dürfte. Insbesondere von den USA — dem nach der EG bedeutendsten Handelspartner (vgl. Tabelle 3) — sind keine durchschlagenden Maßnahmen zur Verhinderung des Protektionismus bzw. zur endgültigen Beseitigung noch bestehender Hemmnisse zu erwarten.

Protektionismusblüte in den USA

Die zwischen diesen beiden großen Handelsländern der Welt noch bestehenden Zölle spielen dabei als Austauschhemmnisse bei einem durchschnittlichen Niveau von 4–10 % nur noch eine untergeordnete Rolle, wenn man einmal von den Spitzenzollsätzen absieht. Sie könnten möglicherweise schon in der laufenden GATT-Runde spürbar reduziert werden. Weit aus wichtiger und wirkungsvoller sind demgegenüber die zahlreichen nichttarifären Handelshemmnisse. Sie umfassen die großen Bereiche der

- quantitativen Importbeschränkungen,
- Importabgaben,
- Festsetzung des Zollwerts,
- staatlichen Beschaffungspolitik,
- Subventionen und Beihilfen und
- Antidumpingmaßnahmen.

Die zur Zeit existierenden Maßnahmen sind inzwischen so vielfältig, daß eine umfassende Übersicht kaum noch möglich ist. Nachdem sich auch die amerikanischen Gewerkschaften innerhalb der

letzten Jahre immer deutlicher gegen eine zu hohe Außenhandelsverflechtung stellen und durch Importrestriktionen Arbeitsplätze zu sichern versuchen, gibt es kaum einen Bereich, der nicht mit staatlichen Schutz- und Förderungsmaßnahmen liebäugelt.

Realistische Hoffnungen auf einen neuen Liberalisierungskurs — wie etwa die Kennedy-Runde — der USA lassen sich aus dem Kurs der Carter-Administration nur schwer ableiten. Dies dürfte — trotz einiger angedeuteter Zugeständnisse bei den Bonner Gipfelgesprächen — auch für den größten fernöstlichen Handelspartner Japan gelten. Offensichtlich hat sich Japan aufgrund völlig anderer historischer Entwicklungen, wegen seiner speziellen Industrie- und Handelsstruktur und unter dem Druck seiner internen Probleme niemals vollständig den Idealvorstellungen deutscher Wirtschaftspolitiker und -theoretiker anschließen können. Der eindeutig merkantilistische Kurs, der in der Politik der Importregulierungen, der Rohstoff-sicherung und der Auslandsinvestitionen am ausgeprägtesten ist, dürfte sich in nächster Zukunft wohl kaum grundlegend ändern. Ein Indiz dafür ist die Tatsache, daß bei den japanischen Zugeständnissen die Marktöffnung klar hinter rein kompensierenden finanziellen Leistungen an die Entwicklungsländer rangierte.

Haltung der Entwicklungsländer

Die Länder der Dritten Welt, die 1977 rund 17 % der deutschen Ausfuhren abnahmen, spielen für die künftige Entwicklung der deutschen Ausfuhrposition eine zunehmend wichtigere Rolle. Dies bezieht sich weniger auf ihre Aufnahmekapazität für deutsche Waren als vielmehr auf ihren politischen Einfluß auf die künftigen Regelungen der weltwirtschaftlichen Beziehungen.

Tabelle 3
Außenhandel der Bundesrepublik nach Ländergruppen 1970 und 1977
 (in Mill. DM und in %)

	Importe				Exporte			
	1970		1977		1970		1977	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Industrialisierte westliche Länder	87 427	79,8	175 512	74,7	104 715	83,6	209 203	76,5
davon EG	54 355	49,6	113 324	48,2	58 006	46,3	122 702	44,9
USA	12 066	11,0	17 025	7,2	11 487	9,1	18 199	6,7
Japan	2 052	1,9	6 493	2,8	1 957	1,6	3 013	1,1
Ostblockländer	4 394	4,0	11 336	4,8	5 400	4,3	16 705	6,1
davon Europa	4 036	3,7	10 609	4,5	4 760	3,8	15 422	5,6
Asien	358	0,3	728	0,3	641	0,5	1 283	0,5
Entwicklungsländer	17 684	16,1	48 021	20,4	14 904	11,9	46 792	17,1
davon Erdölländer	8 475	7,7	23 331	9,9	3 496	2,8	24 959	9,1
Übrige EI.	9 209	8,4	24 690	10,5	11 408	9,1	21 833	8,0
Welt insgesamt 1)	109 606	100,0	235 109	100,0	125 276	100,0	273 526	100,0

1) Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder.
 Quelle: Errechnet nach Statistisches Bundesamt: Fachserie G: Außenhandel; Wirtschaft und Statistik, H. 2, 1978.

Mehr als zwei Jahrzehnte lang haben die Entwicklungsländer große Hoffnungen auf eine Beschleunigung und Stabilisierung ihres Wirtschaftswachstums durch vermehrte Exporte in die Märkte der westlichen Industriestaaten gesetzt. Die Integration in die Weltwirtschaft wurde zusammen mit einer gezielten Handelshilfepolitik der Industrieländer und umfangreichen Beratungsmaßnahmen als entscheidender Hebel für die Beseitigung der wirtschaftlichen Kluft zwischen den armen und reichen Staaten und für die Lösung der umfangreichen sozialen Probleme angesehen.

Erfolg brachte diese Strategie jedoch nur wenigen kleinen Ländern wie Hongkong, Singapur, Taiwan und Süd-Korea, die ohnehin aufgrund ihrer kleinen Binnenmärkte und fehlender Rohstoffe zur Fertigwarenproduktion und zum Freihandel „verurteilt“ waren. Außerdem realisierten einige fortgeschrittene Schwellenländer – wie z. B. Brasilien, Mexiko oder Malaysia – auf diese Weise weitere Fortschritte. Die große Masse der rund hundert Entwicklungsländer ging dagegen leer aus. Seit 1960 hat sich der prozentuale Anteil der Entwicklungsländer ohne die erdölexportierenden Staaten am Handel mit der Bundesrepublik etwa halbiert. Daß der Anteil insgesamt etwa unverändert blieb, liegt in erster Linie an der explosiven Zunahme der Nachfrage der Erdölländer (OPEC) nach deutschen Waren.

Neuordnung der Weltwirtschaft

Allerdings machen sich weder die exportstarken Entwicklungsländer noch die OPEC-Staaten – ganz zu schweigen von den übrigen Ländern der Dritten Welt – für eine Fortsetzung der Liberalisierung stark. Für sie geht es bei der Integration in die Weltwirtschaft nicht um ein Programm, bei dem auch sie ihre Märkte öffnen und so den Abbau der Handelshemmnisse forcieren, sondern um eine – sehr stark merkantilistisch orientierte – Maximierung ihrer eigenen Deviseneinnahmen durch möglichst hohe Exporte bei insgesamt gedrosselten Importen. Dies kommt in den umfangreichen Forderungen nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung und eines integrierten Rohstoffprogramms deutlich zum Ausdruck. Eine weitere Marktöffnung wird dabei von seiten der Entwicklungsländer nicht verlangt, die sich mit den verschiedensten tarifären und nichttarifären Maßnahmen gegeneinander abschotten, sondern – wie bisher stets üblich – von den Industriestaaten. Typisch für die Haltung der Entwicklungsländer sind die Vorschläge zur Erleichterung der Einfuhren aus den Ländern der Dritten Welt, zur Ausweitung des EG-Präferenzsystems, zur Erleichterung des Absatzes natürlicher Rohstoffe, die mit synthetischen Erzeugnissen konkurrieren, zur Ausweitung des AKP-Systems etc.

Für die Entwicklungsländer selbst hielt man zu meist Maßnahmen für angebracht, die den eigenen Nutzen durch Ausschaltung der Marktkräfte mehren. Die in diesem Zusammenhang häufig genannten Vorschläge zur Preisnotierung für Rohstoffe durch Indexklauseln, internationale Vereinbarungen oder zwischenstaatliche Kauf- und Lieferverträge haben mit der deutschen Vorstellung von freiem Handel und Wettbewerb absolut nichts gemein. Wenn auch die „Integration in den Welt handel“ von den Entwicklungsländern immer wieder zitiert wird, sollte dies nicht die Illusion nähren, daß diese Länder Interessen verfolgten, die mit denen der Bundesrepublik weitgehend identisch sind. Ihnen geht es aufgrund ihrer prekären wirtschaftlichen Situation – durchaus verständlich – um eine Rechtfertigung ihrer eigenen Forderungen, ohne daß allerdings die erforderlichen Gegenleistungen in Betracht gezogen wurden.

Kompromißformeln für die Bundesrepublik

Insgesamt ergeben sich damit für die weitere Verfolgung der wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen in der stark außenhandelsabhängigen Bundesrepublik wenig rosige Aussichten. Nahezu sicher dürfte dabei sei, daß die Idealvorstellung von einer Weltwirtschaft ohne Behinderung des Güter- und Kapitalverkehrs eine reine Utopie bleiben wird. Die Wirtschaftspolitiker der Bundesrepublik werden sich damit abfinden müssen, jeweils mit zweit- oder drittbesten Lösungen zu leben.

Statt von klassischen Modellen zu träumen, erscheint es in dieser Situation sinnvoll, Ansätze zur Regelung von Produktion, Export und Import – wie z. B. die „orderly marketing agreements (OMA's)“ – in Betracht zu ziehen und zu versuchen, sie möglichst eng am Referenzsystem eines freien Handels auszurichten. Ähnliche Kompromißformeln sind auch im Rohstoffbereich und speziell im Energiesektor zu suchen.

Dieses Vorgehen bedeutet keinen Verzicht auf eine Wirtschaftspolitik im eigenen Lande, die weiterhin von der Außenhandelsverflechtung der Bundesrepublik als Datum ausgeht. Die Bundesregierung sollte daher eine

- Politik der umfangreichen staatlichen Exportförderung,
 - Politik der Erleichterung von Auslandsinvestitionen und eine
 - langfristig ausgerichtete Strukturpolitik
- verfolgen. Sie kann nämlich ihre Position in der Welt – und das bedeutet den Lebensstandard ihrer Bevölkerung – nur dann erhalten, wenn es ihr gelingt, sich selbst von den kurzfristigen Verlockungen des Protektionismus fernzuhalten und ihre Wirtschaftsstruktur den internationalen Entwicklungen fortlaufend anzupassen.